

Sowjetische Arbeitssklaven der Nazis

Hitlers vergessene Opfer

Von Robert Probst

08.05.2010, 08:42

Von den Nazis gnadenlos ausgebeutet, in der Heimat als "Verräter" verschrien: 65 Jahre nach Kriegsende kämpfen ehemalige sowjetische Kriegsgefangene um Wiedergutmachung - nicht nur um die materielle.

Die Erinnerung an seine Leidenszeit fällt Orich Witalij Michailowitsch noch immer schwer. "Das war ein Stück Land, umgeben von Stacheldraht, unter freiem Himmel, bewacht von Soldaten und Schäferhunden. Wir gruben uns kleine Erdhöhlen, damit wir uns hinlegen konnten. Viele starben an ihren Wunden oder verhungerten. Uns wurde verboten, den Schwachen auch nur ein bisschen der Suppe zu bringen. Sie wurden erschossen."

Wie Millionen anderer Rotarmisten war Michailowitsch während des Zweiten Weltkriegs in Kriegsgefangenschaft geraten - und wurde später in Deutschland zur Arbeit für die NS-Kriegsmaschinerie gezwungen. Eine Entschädigung oder symbolische Anerkennung für ihre Leiden haben die Überlebenden von der Bundesrepublik nie erhalten. Die ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen sind die größte Gruppe derer, die auch Jahre nach dem Ende des Kriegs noch zu den "vergessenen Opfern" zählen.

Die Hoffnung der im Durchschnitt inzwischen 87 Jahre alten Männer, dass sich daran noch etwas ändern könnte, ist nicht besonders groß. Mehrere tausend von ihnen leben noch in Russland, Georgien, der Ukraine, Weißrussland oder Armenien. In ihrer Heimat wird ihr Schicksal kaum gewürdigt, denn sie wurden nach ihrer Rückkehr als "Verräter" beschimpft und oft sofort in sibirische Arbeitslager deportiert, weil sie für den faschistischen Todfeind gearbeitet hatten.

Wer diese "zweite Gefangenschaft" überlebte, hatte jahrzehntelang mit dem Stigma des Nestbeschmutzers zu kämpfen; die meisten leben heute isoliert in bitterer Armut.

In Deutschland kümmert sich nur ein privater Verein um ihr Schicksal. Und im Bundestag wägen die Parteien seit Jahren eine Petition zum Thema Kriegsgefangene - bisher ohne Ergebnis.

Als Hitlerdeutschland im Juni 1941 die Sowjetunion überfiel, war der Tod der "jüdisch-bolschewistischen Untermenschen" einkalkuliert. Die massenhafte Unterbringung von Kriegsgefangenen war nicht vorgesehen - Hunderttausende ließ man einfach auf freiem Feld verhungern, zahllose Rotarmisten erlagen Epidemien oder wurden erschossen.

Nach den europäischen Juden sind die sowjetischen Kriegsgefangenen die größte Opfergruppe des Vernichtungskriegs im Osten, von etwa 5,7 Millionen starben 3,3 Millionen. Einige überlebten nur deshalb, weil das NS-Regime ihre Arbeitskraft benötigte. "Alle Gefangenen, die laufen konnten, brachten sie nach Deutschland", beschreibt es Orich Witalij Michailowitsch.

Und Kriegsgefangene durften nach der Haager Landkriegsordnung von 1907 zur Arbeit herangezogen werden - und mit diesem Argument billigte die Bundesregierung den ehemaligen Zwangsarbeitern aus der Roten Armee nur ein "allgemeines Kriegsschicksal" zu. Die Folge: anders als die zivilen Zwangsarbeiter aus dem Osten gingen die Sowjetsoldaten bei der späten Entschädigung leer aus.

Eberhard Radczuweit vom Verein Kontakte-Kontakty will sich damit nicht abfinden.

Seit sieben Jahren kämpft er dafür, dass das Leiden der Rotarmisten als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt wird. Er fordert eine humanitäre Leistung der Bundesregierung und eine "Bitte um Entschuldigung". Weil er beides bisher nicht bekommen hat, sammelt der Verein mühsam Spenden - und hat bisher an 6500 ehemalige Kriegsgefangene mehr als 2,2 Millionen Euro als "Geste der Anerkennung" verteilt.

Eine geringe Summe - vergleicht man sie mit den 4,4 Milliarden Euro, die die Stiftung "Erinnerung, Verantwortung, Zukunft" von 2001 bis 2006 an mehr als 1,66 Millionen ehemalige zivile Zwangsarbeiter aus dem früheren Ostblock verteilt hat, Geld des Bundes und der deutschen Wirtschaft zur Abwehr von Sammelklagen gegen deutsche Konzerne in den USA.

"Kriegsgefangenschaft begründet keine Leistungsberechtigung", hieß es im Stiftungsgesetz, Tausende Anträge wurden abgelehnt. Die Stiftung fördert inzwischen aus den Gewinnen des übrigen Kapitals zahlreiche humanitäre Projekte in Osteuropa - und ist nun auch für zuvor ausgeschlossene Opfergruppen offen. Versöhnung sei nur möglich, wenn Hierarchien von Opfergruppen überwunden werden, heißt es bei der Stiftung.

Der Vorstandsvorsitzende Martin Salm sagt: "Es kann keine glaubwürdige Vergangenheitsbewältigung ohne Aufmerksamkeit für die noch Lebenden geben."

Stigma des Schwächlings

Die Bundespolitik freilich tut sich nach wie vor schwer mit dem heiklen Thema. Eine Petition des Vereins liegt seit 2006 in den zuständigen Ausschüssen des Bundestags. Gefordert wird darin die Gleichsetzung der Haftbedingungen der russischen Kriegsgefangenen mit KZ-Haft, was einen finanziellen Entschädigungsanspruch begründen könnte. Besonders die Unionsfraktion zeigte aber lange kein Interesse an einer Neubewertung.

Inzwischen hat der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags auf Antrag der SPD-Fraktion ein Gutachten erstellt, aus dem hervorgeht, dass die Situation der Rotarmisten in den sogenannten Russenlagern durchaus mit KZ-Haft zu vergleichen ist. "Dies ist bisher nicht entsprechend gewürdigt worden", sagt der SPD-Abgeordnete Stefan Schwartze. Er würde das Thema gern "dringend noch mal aufgreifen". Immerhin scheint es nicht mehr grundsätzlich ausgeschlossen zu sein, dass sich die Bundesregierung mit dem Thema beschäftigen muss.

Verbittert und resigniert

Zwar sind die früheren Kriegsgefangenen Mitte der neunziger Jahre unter Boris Jelzin vollständig rehabilitiert worden, doch ihre Diskriminierung war damit nicht beendet. So sind die einstigen "Vaterlandsverräter" oftmals von den besonderen Vergünstigungen für Kriegsteilnehmer ausgeschlossen, ihre Zeit in deutscher Gefangenschaft wird nicht auf die Rente angerechnet und auch zu den großen Siegesfeiern am 9. Mai werden sie nicht eingeladen. Und sie sind anders als die ehemaligen zivilen Zwangsarbeiter nicht organisiert. Vielen hängt das Stigma des Schwächlings, der sich von den Nazis fangen und ausbeuten ließ, auch noch im hohen Alter nach.

Fast wichtiger als die materielle Anerkennung ist daher der rege Briefverkehr des Vereins Kontakte-Kontakty mit den ehemaligen Kriegsgefangenen. Der persönliche Zuspruch verschaffe vielen traumatisierten NS-Opfern "psychische Entlastung und die lange vermisste gesellschaftliche Anerkennung", sagt Eberhard Radczuweit.

Trotz all der Freude, dass sich engagierte Deutsche um ihr Schicksal kümmern, sind viele Betroffene verbittert, zahllose haben resigniert - nur ein paar zeigen sich noch kämpferisch, wie etwa Iwan yDjakow, 91, aus Kirowograd in der Ukraine. "Ich

möchte betonen, dass ohne die Anerkennung der Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener als Verbrechen gegen die Menschlichkeit keine Rede sein kann von einer endgültigen Versöhnung der Deutschen und den Bürgern der ehemaligen Sowjetunion."

Für diejenigen, die den Verein Kontakte-Kontakty finanziell unterstützen wollen, hier die Bankverbindung:

Spendenkonto 306 55 99 006

Berliner Volksbank

BLZ 100 900 00

Kennwort: Kriegsgefangene

IBAN: DE48 1009 0000 3065 5990 06

BIC: BEVODEBB

=====